
zehn Jahre nach Inkrafttreten des [Vertrages von Lissabon](#), der den europäischen Bürgern größeren Freiraum zur Mitbestimmung der Politik und der Strategien der Europäischen Union einräumt.

-
-
-
-
-
-

In seinen Ausführungen ging **Michael Bruter von der "London School of Economics"** auf die bereits zur schlechten Tradition gewordenen schwachen Beteiligung der Bürger an Europawahlen ein.

"Als die Franzosen 2005 gegen die vorgeschlagene Europäische Verfassung stimmten, war ihre Unterstützung für die europäische Integration größer denn je. Indem sie "Nein" zur Verfassung sagten, brachten sie zum Ausdruck "Wir wollen mehr Europa". Die europäischen Bürger stehen fest hinter der europäischen Integration – es bestehen aber noch große Diskrepanzen zwischen der Realität und jener Stufe an Integration, die sie sich wünschen", sagt der britische Diskussionsteilnehmer.

-
-
-
-
-
-

Als eine der Möglichkeiten zur stärkeren Einbindung der Bürger Europas wurde die Einrichtung von transnationalen Wahllisten aufgeworfen. **Sylviane Pruvot von der Organisation "Europäische Alternativen"** gehörte zu den eifrigsten Verfechterinnen dieser Idee:

"Wir rufen die politischen Parteien auf, transnationale Listen für die Europawahlen aufzustellen. Das wird unserer Ansicht nach neue politische Möglichkeiten eröffnen. Der Wahlkampf könnte sich so auf gesamteuropäische Fragen konzentrieren und nicht wie bisher den landesinternen Wahlkampf widerspiegeln."

Diskussionen rief unweigerlich die Frage nach der europäischen Identität hervor. Gibt es sie überhaupt und in welcher Verbindung steht sie zu der nationalen Identität der europäischen Bürger?

-
-
-
-

□□□□ □□□□□□□□
□□□□□

□□□□ □□□□□□□□

„Wir sind der Überzeugung, dass sich langsam aber sicher eine europäische Identität herausbildet, die eine dünne Schicht in der Charakteristik der europäischen Kultur bilden wird“, sagt **Marco Incerti vom „Zentrum für europäische Politikstudien“** in Brüssel. „Die Europäische Union wird sich nie in einen gemeinsamen Staat verwandeln. Es besteht aber die Möglichkeit, dass sich eine gemeinsame europäische Kulturidentität herausbildet.“

Bis 2020 solle [das „soziale Europa“](#) stehen, wie es bereits ein „wirtschaftliches“ und ein „politisches Europa“ gibt. Diese Ansicht wurde wiederum von den Teilnehmern an der Konferenz „Bürgerrevisionen – Europa im Jahre 2020“ in den Debatten über die Sozialpolitik und Entwicklung des Alten Kontinents geäußert. Man war sich einig, dass die europäische Beschäftigungspolitik flexibler werden und für größere Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt beitragen muss.

□□□□

□□□□□ □□□□□□ □□□□□□

□□□□□□□



□□□□□□ □□□□□□ □□□□□

□□□□ □□□□□□□□

□□□□□

□□□□ □□□□□□□□

Ani Nedkova vom Europäischen Institut führte weitere Empfehlungen an:

„Einer der nützlichen Schritte wäre die Ausdehnung der Vollmachten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses jenseits seiner derzeitigen Beratungsfunktionen. In der neuen Strategie „Europa 2020“ sollte die soziale Annäherung zur Priorität erklärt werden. Die Solidaritätspolitik sollte ihrerseits die Investitionen auf ein reales Wachstum lenken. Des Weiteren müssen die Maßnahmen im Kampf gegen die Armut fortgesetzt und Mindest-Standards für soziale Sicherheit und Lebensqualität bestimmt werden.“

Die Erweiterung der Europäischen Union ist der wohl überzeugendste Ausdruck von Solidarität in der europäischen Völkerfamilie. Das Gros der Diskussionsteilnehmer sprach sich für die Fortführung der

Erweiterungsprozesse aus.

Marc Garcet von der Internationalen Vereinigung zur Behindertenunterstützung mit Sitz in Belgien äußerte die Ansicht, dass die Europäische Union nicht von ihren Prinzipien der Solidarität ablassen dürfe, da der Nutzen und die Bereicherung gegenseitig seien.

„Wir Westeuropäer haben euch genauso nötig, weil ihr die Gemeinschaft mit eurer Kultur bereichert. Auf diese Weise werden wir uns öffnen und solche Beziehungen zur Welt des Ostens aufbauen, über die wir bislang nicht verfügten. Es gibt viel zu entdecken, wie beispielsweise [der multikulturelle Raum](#) und das ist ein Reichtum, den ihr einbringt. Damit keimen neue Hoffnungen und größere Erwartungen auf, die wir alle brauchen, damit Europa weiter vorwärts schreitet.“

Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung im Europaparlament Doris Pack war Sondergast der Konferenz in Sofia. Sie setzte in ihren Ausführungen einen Akzent auf die Programme zum Austausch zwischen den Ländern, die sich großer Popularität erfreuen würden. Sie nannte das Comenius-Programm für Lehrer und Schüler, das Programm Erasmus für Studenten und Hochschullehrer, ferner das Programm Leonardo für Berufsausbildung und das Grundtvig-Programm, das sich auf die Lehr- und Lernbedürfnisse von Menschen in der Erwachsenenbildung und in alternativen Bildungsgängen konzentriert.

„Die Lehrer müssen die Gelegenheit bekommen, wenigsten einige Monate im Ausland zu verbringen. Ansonsten wissen sie nicht, wie es im restlichen Europa aussieht und können auch ihre Schüler nicht darüber informieren“, sagt Doris Pack und setzt fort: „Ich weiß nicht wie viel Geld dafür nötig sein wird, versichere ihnen aber, dass das in die EU-Programme aufgenommen werden wird.“

□□□□□□ □□□□□□ □□□□□□
□□□□ □□□□□□□□□□
□□□□□□

□□□□ □□□□□□□□□□

Sondergast des Diskussionsforums in Sofia war u.a. auch **der Direktor der Rechtsabteilung beim Europäischen Ombudsmann [Jo?atilde;o Sant'Anna](#)**. Er brachte seine Zufriedenheit ?ber die erweiterten M?glichkeiten zur Teilnahme und Kontrolle der B?rger an der Arbeit der Europ?ischen Union zum Ausdruck. Laut dem Vertrag von Lissabon k?nnen nun die B?rger legislative Initiativen ergreifen - Eine Million Unterschriften von EU-B?rgern k?nnen die Union zu neuen Gesetzesregelungen auffordern.

„Der Vertrag von Lissabon stellt tats?chlich einen bedeutenden Fortschritt innerhalb der Rechte der europ?ischen B?rger dar“;, sagt Jo?o Sant'Anna. „Die Beschl?sse der Union werden nun offener gefasst und die Beschlussfassung selbst steht den B?rgern n?her – ihre Stimme findet st?rker Geh?r. Die EU-B?rger sind zur Teilnahme an der Schaffung der europ?ischen Gesetze aufgefordert. Im gleichen Zuge k?nnen sie die Arbeit der Institutionen kontrollieren. In diesem Sinne stellt der Vertrag von Lissabon eine Herausforderung f?r die Gesellschaft dar, die sich real am Alltag der Union beteiligen kann. Der Europ?ische Ombudsmann, wie auch das gesamte Netz an nationalen Ombudsm?nnern stellt eine Garantie f?r den Schutz der B?rgerrechte dar, wenn die Arbeit verschiedener z?rtlicher und europ?ischer Institutionen bem?ngelt wird.“

□ □□□□
□□□□□ □□□□□□ □□□□□□□
□□□□□□□□



□□□□□□ □□□□□□ □□□□□□
□□□□ □□□□□□□□□□
□□□□□□

□□□□ □□□□□□□□□□

Mit der finanziellen Hilfe des Europ?ischen Parlaments wertet ein Expertenteam die grundlegenden Empfehlungen des zweit?dgigen Sofioter Forums aus. Die Analysenergebnisse sollen an alle EU-Abgeordnete vergeben werden. So werden sie ?ber die Meinungen und W?nsche der gew?hnlichen B?rger Bescheid wissen, wenn sie die Politik der Europ?ischen Union f?r den Zeitraum 2014 bis 2020 abstecken. Videoclips mit einem Teil der Diskussionen wurden in die Internetseite <http://parliament.europe.bg> gestellt.

Ihre Fragen und Meinungen k?nnen sie per Post zusenden, oder uns Mailen. Die Adresse lautet: info@europe.bg.

Übersetzung und Redaktion: Wladimir Wladimirow.